

Zwischen den Welten

Interview mit Harald Christ

Herr Christ, Sie haben hochrangige Positionen in der Finanzwirtschaft bekleidet und waren vor vier Jahren Mitglied des Schattenkabinetts von Frank-Walter Steinmeier. Wie ist Ihre Einschätzung des Schattenkabinetts von Peer Steinbrück, und wie sehen Sie in dem Zusammenhang die Nominierung einer Investmentbankerin?

Ich kenne Christiane Krajewski lange und gut. Sie als Investmentbankerin zu bezeichnen, ist ein wenig kurzgesprungen.

Das wird in den Medien dieser Tage aber durchaus getan.

Ja, aber sie hat auch große Erfahrung in der Politik und war viele Jahre Ministerin im Saarland und Senatorin in Berlin. Aufgrund ihrer langen politischen Historie und Ihrer Erfahrung ist sie Politikerin und Investmentbankerin. Investmentbanking ist ja auch ein sehr weiter Begriff. Es wird in der Öffentlichkeit gerne versucht, den Begriff negativ zu besetzen, aber im Investmentbanking verbergen sich eben auch Themen wie die Unternehmensfinanzierung im Mittelstand und deren Beratung, Akquisitionen und strategische Entwicklung von Unternehmen. Daher begrüße ich es in erster Linie, völlig unabhängig vom Parteibuch, dass sich eine Frau mit politischer Erfahrung und einer erfolgreichen Karriere in der Wirtschaft für eine solche Herausforderung zur Verfügung stellt. Das brauchen und wollen wir: Menschen, die in unterschiedlichen beruflichen Sphären unterwegs sind.

Sie haben gerade Menschen angesprochen, die sich in unterschiedlichen beruflichen Sphären bewegen. Wie stehen sie dem oft kritisierten Wechsel von Politikern in die Wirtschaft gegenüber?

Was für die eine Seite gilt, muss für die andere Seite auch gelten. Wir brauchen viel mehr Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und zwischen Wirtschaft und Politik. Wenn es für Politiker nicht mehr möglich ist, eine neue berufliche Herausforderung in der Wirtschaft zu finden, nur weil sie als Politiker unter eine Art Reglementierung gestellt werden, dann ist das nicht förderlich. Man findet dann keine Menschen mehr, die bereit sind, sich in die Politik einzubringen. Ich sehe den Wechsel allerdings in der Tat kritisch, wenn Politiker, die mit sensiblen Inhalten in der Politik beschäftigt waren, solche Themen plötzlich auf Unternehmensseite mit voranbringen. Wenn also zum Beispiel ein Verteidigungsminister oder ein Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium zu einem Rüstungskonzern wechseln würde, an den er früher noch Aufträge vergeben hat. Aber alle anderen Wechsel finde ich nachdrücklich positiv.

Wie halten Sie von Karenzzeiten für den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft?

Die halte ich nur im eben angesprochenen Szenario für sinnvoll. Wenn ein Politiker unweigerlich vom Auftraggeber zum Auftragnehmer wird, ist eine Karenzzeit erforderlich.

Welche eigenen Beweggründe gibt es denn Ihrer Meinung nach dafür, von der Politik in die Wirtschaft zu wechseln? In der Öffentlichkeit wird ein solcher Wechsel ja oft kritisch gesehen.

Es gibt viele Beweggründe für solch einen Wechsel. Viele Politiker sind ja über den Weg einer beruflichen Laufbahn erst in der Politik gelandet. Es ist dann völlig legitim, dass man nach einer gewissen Zeit in der Politik seinem eigentlich gelernten Handwerk nachgehen und seine beruflichen Ziele weiter verfolgen möchte. Alles hat seine Zeit, und ich sehe es kritisch, wenn jemandem, der einen solchen Wechsel vollzieht, seitens der Öffentlichkeit allein monetäre Beweggründe nachgesagt werden. Mir ist nicht ein Fall bekannt, bei dem ich das so unterschreiben würde. Wenn eine aktive politische Phase abgeschlossen ist, warum sollen dann Menschen, die wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, diese nicht in eigenen Unternehmen oder auch anderen Firmen und Konzernen einbringen? Von dieser Vernetzung kann man nur profitieren. Gerade Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft lebt von einer weltweiten Vernetzung. Warum sollte also jemand, der ein paar Jahre in der Politik aktiv war, plötzlich das Verbot erteilt bekommen, seine Karriere weiterzuführen? Das gibt es in anderen Berufsfeldern ja auch nicht. Es kommen Menschen aus der Wirtschaft in die Politik und bringen ihre Erfahrungen ein. Warum sollte das denn nicht auch umgekehrt funktionieren und gestattet sein?

Was waren denn Ihre persönlichen Gründe, der Politik wieder den Rücken zu kehren und eine neue Herausforderung in der Wirtschaft zu suchen?

Ich kam aus der Wirtschaft, war politisch immer ehrenamtlich aktiv und hatte nie das Ziel, Berufspolitiker zu werden. Ich habe mich dann 2009 im Bundestagswahlkampf mich bereit erklärt, meine Fachexpertise einzubringen. Gerade 2009, im Jahr eins der Wirtschafts- und Finanzkrise, welche uns ja heute immer noch beschäftigt, war das für mich eine ehrenvolle Aufgabe. Wäre daraus ein Mandat entstanden, wäre ich sicher auch den zweiten Schritt in die Berufspolitik gegangen. Da dieser Schritt aufgrund des Wahlergebnisses nicht zustande kam, war für mich klar, meine wirtschaftliche Laufbahn weiterzuverfolgen. Das war einfach die logische Folge.

Der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft ist in Ihren Augen also positiv und auch nötig. Wie nehmen Sie diesbezüglich das Feld der Politikberatung wahr?

Was für Unternehmen gilt muss für die Politik auch gelten. Man benötigt sowohl auf Unternehmensseite als auch auf der politischen Seite seriöse und qualifizierte Beratung, die dabei hilft, Entscheidungsprozesse belastbarer zu machen und Entscheidungen ausgewogener zu gestalten. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern auch erforderlich. Beratung bedeutet ja zunächst einmal Wissenstransfer und Austausch, und das sollte intensiv gepflegt werden.

Wie kommt es dann, dass der gesamte Bereich von Lobbying, Public Affairs, Government Relations etc. in der deutschen Öffentlichkeit eine extrem negative Wahrnehmung erfährt?

Lobbying benötigt dringend eine andere Form der Kommunikation. Man muss erklären und erläutern, was Lobbying eigentlich ist. Es ist ja nicht per se negativ, sondern erst dann, wenn es missbraucht wird und solche Fälle gab es ja leider in der Vergangenheit. Da ist es einerseits gut, dass diese Fälle öffentlich bekannt werden und entsprechende Sanktionen erbracht werden. Aber andererseits prägt dies das öffentliche Bild. Lobbying als solches ist aber nichts Verwerfliches. In den USA beispielsweise ist es weit verbreitet und gehört zum politischen Tagesgeschäft, in Deutschland hingegen weiß die breite Masse damit nichts anzufangen. Deswegen sollte sich Lobbying grundsätzlich einer Transparenzdebatte stellen und verdeutlichen, was sein Auftrag ist. Es soll ja nichts außerhalb der geltenden Regeln und Gesetze passieren, innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Eine transparente Kommunikation würde hier sicher helfen.

Würde ein EU-Lobbyregister dabei helfen können?

Jemand der nichts zu verbergen hat und eine seriöse Arbeit macht, der sollte auch kein Problem damit haben, für Transparenz zu sorgen. Die Motivlagen sind ja klar und auch völlig legitim.

Kommen wir zur Wirtschaftskrise und den daraus folgenden Plänen der SPD zur Bankenregulierung. Sehen Sie neue Schwierigkeiten auf die Branche zukommen?

Was zurzeit generell in Bezug auf die Banken diskutiert wird, schießt häufig etwas über das eigentliche Ziel hinaus. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir ein funktionierendes Finanzsystem haben. Hierbei muss natürlich dafür gesorgt werden, dass gewisse Missstände, die es gab und die auch erkannt wurden, nicht mehr stattfinden können. Auf der anderen Seite muss man aber aufpassen, nicht in das andere Extrem zu verfallen und die Regularien und Messlatten so hoch setzten, dass das Geschäft nicht mehr möglich ist. Am Ende des Tages machen Banken ja auch Geschäfte für ihre Kunden, und eine funktionierende Kreditversorgung für den Mittelstand sowie Unternehmen und die Finanzierung von Investitionen und Innovationen müssen auch weiterhin gewährleistet sein. Hier haben Banken einen ganz wichtigen Auftrag, daher halte ich wenig davon, zu pauschalisieren und Regulierung als Allheilmittel anzusehen. Was die SPD derzeit zum Thema Regulierung sagt, ist meiner Meinung nach nicht ausgereift und geht an den wirklichen Themen vorbei.

Wenn die Regulierungspläne also an den wichtigen und entscheidenden Themen vorbei gehen, welches sind dann Ihrer Meinung nach diese Themen?

Beispielsweise dürfen systemrelevante Geldhäuser nicht durch einzelne Geschäfte in eine gesamtinstitutionelle Schieflage kommen. Hier ist ein professionelles Risikomanagement unabdingbar. Die großen Bankhäuser, zumindest die, die ich kenne, machen das in der heutigen Zeit auch alle. Wenn man hier darüber diskutiert, bestimmte Geschäfte nicht mehr zuzulassen oder mit einer höheren Eigenkapitalanforderung zu unterlegen, ist das völlig in Ordnung und auch schon zu großen Teilen umgesetzt worden. Wenn man darüber hinaus aber versucht, Trennbankensysteme durchzusetzen und Regularien erlässt, die auch das klassische Geschäft, welches ja eine Notwendigkeit ist, immer weiter erschweren, ist das mit Sicherheit über das Ziel hinausgeschossen und eher kontraproduktiv.

Der Wettbewerb der Parteien ist ein interessantes Stichwort. Kommen wir zur SPD und Peer Steinbrück. Wie erklären sie es sich, dass dem SPD Spitzenkandidaten eine gewisse Profillosigkeit vorgeworfen wird und er in Umfragewerten seit Monaten auf der Stelle tritt?

Grundsätzlich hat es jeder Kandidat, der für die Sozialdemokratie antritt, erst einmal schwer. Wenige Parteien haben eine so differenzierte Betrachtung und einen derartigen Umgang mit ihrem Führungspersonal wie die SPD. Man wird wohl nie jemanden finden, und soweit ich weiß gab es das in der Geschichte der SPD auch nie, der uneingeschränkt und zu 100% die Parteimitglieder und die Parteibasis hinter sich hätte. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben erst nach ihrer Amtszeit erst den Nimbus entwickelt, den sie heute haben. Das liegt in der Natur der Sache, die SPD ist immer sehr kritisch mit ihrem eigenen Führungspersonal. Was Peer Steinbrück angeht, kann ich mir keine allgemeingültige Beurteilung anmaßen. Aus meinen persönlichen Erfahrungen mit ihm kann ich aber sagen, dass er von den fachlichen sowie den politischen Voraussetzungen alles mitbringt, um jedes Amt in der deutschen Politik bekleiden zu können. Das trifft aber natürlich auch auf die Kanzlerin zu, die aus meiner Sicht ihre Arbeit gut macht.

Blieben wir noch einen Moment bei den Wahlprogrammen der Parteien. Ein weiteres Ausrufezeichen haben die Grünen gesetzt. Wie beurteilen Sie aus Unternehmersicht deren Steuerpläne?

Wir haben Wahljahr und da ist es natürlich völlig legitim, dass eine Partei gemäß ihrer Wählerklientel mit einer Vielzahl von Vorschlägen in den Wahlkampf zieht. Inwieweit die auch nach einer Wahl einen nachhaltigen Charakter haben, wird sich zeigen. Aus der Brille der Grünen kann ich die Steuererhöhungspläne im Wahljahr nachvollziehen, aus Sicht eines Unternehmers halte ich sie für kontraproduktiv, da wir durch Steuererhöhungen gerade auch bei mittelständischen Unternehmen Investitionsmöglichkeiten beschränken und somit Wachstum deckeln. Das kann natürlich nicht

das Ziel einer Volkswirtschaft sein. Eine Volkswirtschaft muss eine vernünftige Balance zwischen denjenigen schaffen, die Steuern bezahlen und die zum Wachstum beitragen, und denjenigen, die unterstützt werden müssen und die Unterstützung des Staates benötigen. Diese Balance erkenne ich bei den derzeit diskutierten Steuerplänen der Grünen nicht.

Den Grünen wird zudem vorgeworfen, dass sie mit diesen Plänen ausgerechnet ihre eigene Wählerklientel belasten würden.

Hier müsste man sich zunächst mal die Frage stellen, welche die klassische Wählerklientel der Grünen ist. Das ist schwer zu beantworten, da hier in den letzten Jahren ein extremer Wandel stattgefunden hat. Von der Entstehungsgeschichte bis heute hat sich dies ja stark verändert und man kommt hier sehr schnell in eine ideologische Diskussion. Was ist jemand bereit, zum Gemeinwohl durch Steuerbelastungen beizutragen, und wo zieht man die Grenze? Ich könnte mir vorstellen, dass viele finanziell besser gestellte Wähler der Grünen durchaus gewillt sind, eine solche Steuerideologie mitzutragen. Und deswegen haben wir ja Wahlen, den Wettbewerb der Parteien, und jeder Wähler kann sich entscheiden, welchen ideologischen Ansatz er besser findet und welchen Weg er bevorzugt. Ich denke, die Grünen werden sich sehr gut überlegt haben, warum sie ihr Wahlkampfprogramm so und nicht anders aufgebaut haben.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind in der Öffentlichkeit zu einem enorm emotionalen Thema geworden. Kann man sagen, dass das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik seither angespannt ist und damit die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen schwieriger geworden sind?

Ich finde, dass alles etwas transparenter wurde. Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik war noch nie einfach, das hat die Krise lediglich noch einmal verdeutlicht. Man kann aber aus der Krise auch lernen, dass Politik und Wirtschaft grundsätzlich sehr eng korrespondieren, miteinander verflochten und auch voneinander abhängig sind. Eine gut funktionierende Wirtschaft ist auf eine stabile und intakte politische Landschaft angewiesen, und die Politik wiederum benötigt eine funktionierende und steuerzahlende Wirtschaft, die am Ende die Grundlage für politische Handlungsoptionen bietet. Man kann beides nicht isoliert voneinander betrachten.

Was halten Sie diesbezüglich von Public Private Partnerships? Diese verstärken das Abhängigkeitsverhältnis gewissermaßen noch, denn hier werden private Mittel eingeworben, um Projekte zu finanzieren, für die eigentlich die Politik zuständig wäre.

Es ist in der Tat so, dass bei den Public Private Partnerships privates Kapital, ob nun von Unternehmen oder Privatper-

sonen, für politische Projekte bereitgestellt wird, bei denen die Politik die finanzielle Basis nicht alleine bieten kann, weil die Budgets schlicht fehlen. Wenn dies eine Win-Win-Situation ergibt, ist das völlig in Ordnung und wir benötigen dieses Privatkapital auch, etwa für die Realisierung von Infrastrukturprojekten

Nun sind es gerade große Infrastrukturprojekte, die in der Öffentlichkeit dieser Tage gerne sehr kritisch gesehen werden. Ist ein höheres Maß an Bürgerbeteiligung eventuell eine Chance, um ein höheres Maß an öffentlicher Akzeptanz für solche Projekte zu schaffen?

Dort, wo es sinnvoll ist, bin ich ein großer Freund von maximaler Bürgerbeteiligung. Allerdings wird es immer Themen geben, die man nicht basisdemokratisch entscheiden kann, und daher wird es auch immer Entscheidungen geben, welche die Politik alleine treffen und verantworten muss. Diese werden vielleicht von gewissen Interessensgruppen nicht befürwortet, aber die Politik muss das große Ganze im Auge behalten und den langfristigen Horizont sehen, der manchmal auch über die Länge eines Menschenlebens hinausgeht. Ich würde die Bürger immer gerne in solche Prozesse einbinden, das hätte man z.B. bei Stuttgart 21 früher machen können, aber wir können nicht bei jeder politischen Entscheidung einen Volksentscheid herbeiführen. Politik muss in Zweifelsfall auch schnell handlungsfähig sein und Entscheidungen treffen können, die eine Fachtiefe und einen Kenntnisstand voraussetzen, die nicht jedem Bürger frei zugänglich sind und auch nicht von jedem verstanden werden. Dies zeigt sich auch bei dem Thema Eurorettung: Das ist ein unabdingbares wichtiges Ziel für uns alle. Aber wirklich jedem Bürger die nachgelagerten Hintergründe und die Wichtigkeit des Ganzen zur erläutern, ist nicht einfach. Das gibt Menschen, die populistisch agieren, die Möglichkeit und eine Plattform, einen Volksentscheid durch gezielte Polarisierung zu instrumentalisieren. Die Erfahrung zeigt zudem, dass oft eher die Gegner abstimmen als die Befürworter. Ob ein solcher Volksentscheid dann immer ein belastbares demokratisches Mehrheitsverhältnis repräsentiert, würde ich in Frage stellen.



Harald Christ war Mitglied im Schattenkabinett von Frank Walter Steinmeier im Bundestagswahlkampf 2009 und hatte davor verschiedene Führungspositionen in der Finanzwirtschaft inne.